

TU-Verteiler 3
Mitglieder des Präsidiums
Mitglieder des Senats
Abteilung 36 (20 Ex)

Aushang

Nr. 267
04.06.2003

Herausgegeben vom
Präsidenten der
Technischen Universität
Carolo-Wilhelmina
zu Braunschweig

Redaktion:
TU-Abteilung 36
Pockelsstraße 14
38106 Braunschweig
Tel. 0531/391-4308
Fax 0531/391-4575

Verfahrensordnung zur Besetzung der Ämter der Mitglieder des Präsidiums der Technischen Universität Braunschweig

Der Senat der Technischen Universität Braunschweig hat in seiner Sitzung am 07.05.2003 aufgrund der Bestimmungen in § 38 Absatz 2 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 2002 (NHG) in Verbindung mit § 3 der Vorläufigen Grundordnung für die TU Braunschweig in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. November 2002 die Verfahrensordnung zur Besetzung der Ämter der Mitglieder des Präsidiums der Technischen Universität Braunschweig beschlossen.

Die Verfahrensordnung tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung, am 05. Juni 2003, in Kraft.

Verfahrensordnung zur Besetzung der Ämter der Mitglieder des Präsidiums der Technischen Universität Braunschweig

Präambel

Zur Regelung des Verfahrens für die Auswahl der Personen, die als Mitglieder des Präsidiums ernannt oder bestellt werden sowie zur Regelung des Verfahrens für die Erstellung des entsprechenden Ernennungs- oder Besetzungsvorschlages hat der Senat der Technischen Universität Braunschweig aufgrund der Bestimmungen in § 38 Absatz 2 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 2002 (NHG) in Verbindung mit § 3 der Vorläufigen Grundordnung für die TU Braunschweig in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. November 2002 (Vorl.GrundO.) die nachstehende Ordnung beschlossen.

§ 1 Geltungsbereich und Begriffsbestimmungen

Diese Ordnung regelt gemäß §§ 38 Absatz 2 und 39 Absatz 1 NHG in Verbindung mit § 3 Vorl.GrundO. das Verfahren zur Besetzung der Ämter der Präsidentin oder des Präsidenten, der hauptamtlichen Vizepräsidentin oder des hauptamtlichen Vizepräsidenten und der nebenamtlichen Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten als Mitglieder des Präsidiums der TU Braunschweig.

§ 2 Verfahren zur Vorbereitung des Besetzungsvorschlages

- (1) Die Ämter der Präsidentin oder des Präsidenten und der hauptamtlichen Vizepräsidentin oder des hauptamtlichen Vizepräsidenten sind öffentlich auszuschreiben. Die Ausschreibungstexte werden auf Vorschlag der Findungskommission vom Senat beschlossen.
- (2) Die Ausschreibungsfrist beträgt in der Regel sechs Wochen. Die Ausschreibung soll nicht später als neun Monate vor Besetzungsdatum erfolgen; notwendige Zeiten bei der Mitwirkung staatlicher Stellen sind entsprechend zu berücksichtigen.
- (3) Für die Wahl der nebenamtlichen Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten findet eine Ausschreibung nicht statt. Der jeweils wahrzunehmende Geschäftsbereich richtet sich nach § 1 der Geschäftsordnung für das Präsidium. Als nebenamtliche Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten sind nur Mitglieder der TU Braunschweig wählbar. Die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten obliegt der Findungskommission.

§ 3 Einrichtung der Findungskommission

- (1) Die Findungskommission wird gemäß § 38 Absatz 2 NHG vom Senat eingerichtet. Ihr gehören jeweils zwei Mitglieder der TU Braunschweig und des Hochschulrates an. Eine Vertreterin oder ein Vertreter des Fachministeriums nimmt mit beratender Stimme teil. Die Kommission kann Beraterinnen oder Berater hinzuziehen. Die Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten richtet sich nach § 42 Absatz 3 NHG.
- (2) Der Senat bestimmt die der Kommission angehörenden Mitglieder der TU Braunschweig, die nicht Mitglied des Senats oder anderer Organe und Gremien sein müssen. Mitglieder des Präsidiums können nicht Mitglied der Findungskommission sein. Die Mitglieder des Hochschulrats in der Findungskommission werden von diesem benannt.

- (3) Die Findungskommission bestimmt aus ihrer Mitte eine Sprecherin oder einen Sprecher. Die Sprecherin oder der Sprecher koordiniert die Geschäfte der Kommission, beruft die Sitzungen ein, führt den Vorsitz und vertritt die Kommission gegenüber dem Senat und dem Hochschulrat.

§ 4 Aufgaben und Verfahren der Findungskommission

- (1) In Verfahren zur Besetzung von Stellen im Präsidium sichtet die Kommission die auf die Ausschreibung eingegangenen Bewerbungen, trifft eine Bewerbungsvorauswahl und lädt aus dieser Vorauswahl Kandidatinnen und Kandidaten zu Bewerbungsgesprächen ein. Personen, die sich nicht beworben haben, können mit ihrem Einverständnis berücksichtigt werden. Bevor die Kommission ihren Vorschlag beschließt, berichtet sie dem Senat über die Bewerberlage. Mitglieder des Senats haben das Recht, weitere Kandidatinnen oder Kandidaten vorzuschlagen. Die Kommission beschließt ihren Vorschlag – bezogen auf die Stelle einer hauptamtlichen Vizepräsidentin oder eines hauptamtlichen Vizepräsidenten im Einvernehmen mit der Präsidentin oder dem Präsidenten – und benennt aus dem Kreise der Bewerberinnen und Bewerber Kandidatinnen und Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge.
- (2) In Verfahren zur Bestellung der nebenamtlichen Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten werden die Kandidatinnen oder Kandidaten, die ihre Bereitschaft zur Übernahme einer Funktion erklärt haben, zu Gesprächen eingeladen. Die Kommission beschließt ihren Vorschlag an den Senat gemäß § 39 NHG im Einvernehmen mit der Präsidentin oder dem Präsidenten aus den ihr mitgeteilten und von ihr angehörten Kandidatinnen und Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge.

§ 5 Besetzungsvorschlag des Senats

- (1) Der Senat kann die von der Findungskommission vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten anhören. Der Senat beschließt auf der Grundlage der Empfehlung der Findungskommission den Vorschlag zur Ernennung oder Bestellung der Mitglieder des Präsidiums.
- (2) Der Senat beschließt den Vorschlag mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Sofern eine Mehrheit im ersten Abstimmungsgang (Wahlgang) nicht erreicht wird, gelten folgende weitere Verfahren:

a) für den Vorschlag zur Besetzung der Stelle der Präsidentin oder des Präsidenten:

Es findet ein zweiter Wahlgang in Anwendung des Verfahrens nach Satz 1 statt. Der Senat kann die Sitzung vor Eintritt in einen zweiten Wahlgang oder weitere Wahlgänge unterbrechen. Wird die erforderliche Mehrheit auch im zweiten Wahlgang nicht erreicht, so können für das weitere Verfahren aus der Mitte des Senats bis zu drei weitere Personen vorgeschlagen werden. Vor Eintritt in den nächsten Wahlgang ist eine Stellungnahme der Findungskommission zur Eignung dieser Personen einzuholen. Erreicht in dem dritten Wahlgang keine der bisherigen und der gegebenenfalls weiteren vorgeschlagenen Personen die erforderliche Mehrheit, so findet eine Stichwahl zwischen denjenigen beiden Personen statt, die die im letzten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten. Der Senat beschließt als seinen Vorschlag die die Kandidatin oder den Kandidaten, die oder der in der Stichwahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt hat. Anstelle einer Stichwahl kann der Senat mit der Mehrheit seiner Mitglieder auch die Neuausschreibung der Stelle beschließen.

b) für die Besetzung der Stelle der oder des hauptamtlichen Vizepräsidentin oder Vizepräsidenten und für die Besetzung der Ämter der nebenamtlichen Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten:

Wird die erforderliche Mehrheit im ersten Abstimmungsgang (Wahlgang) nicht erreicht, kann der Senat die Sitzung unterbrechen. Vor Eintritt in einen zweiten Wahlgang können aus der Mitte des Senats weitere Personen vorgeschlagen werden. Zur Eignung dieser Personen ist eine Stellungnahme der Findungskommission einzuholen. Auch diese Personen können nur im Einvernehmen mit der Präsidentin oder dem Präsidenten vorgeschlagen werden. Erhält in dem zweiten Wahlgang keine der bisherigen und der gegebenenfalls weiteren vorgeschlagenen Personen die erforderliche Mehrheit, findet eine Stichwahl zwischen denjenigen beiden Personen statt, die im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten. Der Senat beschließt als seinen Vorschlag die die Kandidatin oder den Kandidaten, die oder der in der Stichwahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt hat.

Bei der Besetzung der Stelle der oder des hauptamtlichen Vizepräsidentin oder Vizepräsidenten kann der Senat mit der Mehrheit seiner Mitglieder anstelle einer Stichwahl auch die Neuausschreibung der Stelle beschließen.

- (3) Die Beteiligung des Hochschulrates gemäß 52 Absatz 1 NHG ist zu gewährleisten.
- (4) Die Amtsdauer der Mitglieder des Präsidiums richtet sich nach § 38 Absatz 3 NHG in Verbindung mit § 3 Absatz 3 Vorl.GrundO.

§ 6 Übergangsregelung

- (1) Für das Verfahren zur Besetzung der Stelle der hauptamtlichen Vizepräsidentin oder des hauptamtlichen Vizepräsidenten zum 1. August 2003 gelten abweichend von den Bestimmungen dieser Ordnung im Übrigen folgende Regelungen:

Zuständig zur Vorbereitung der Stellenbesetzung ist das Präsidium bis zur Einrichtung der Findungskommission. Mit der Konstituierung übernimmt die Findungskommission das laufende Verfahren.

§ 7 In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung im Verkündungsblatt der TU Braunschweig in Kraft.

